

23.11.1942 – die Rote Armee schließt den Ring um die Hitlertruppen der 6. Armee unter Generalfeldmarschall Paulus in Stalingrad

26.11.1968 – vor 45 billigte die UNO-Vollversammlung die Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

28.11.1820 – Geburtstag von Friedrich Engels (gest. 5.08.1895)

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

20. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

19. November 2013

Mitgliederversammlung der Partei DIE LINKE Stadtverband Halle am 16. November 2013 - Erste Wahlergebnisse

Stadtvorsitzender

Name	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Swen Knöchel	138	1	3

stellvertretende Stadtvorsitzende

Name	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Marianne Böttcher	139	3	7

Schatzmeisterin

Name	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Melanie Heyner	83	1	3

Mitglieder des Stadtvorstandes

Name	Ja-Stimmen
Ute Haupt	118
Ingrid Höpner	76
Sarah Heinemann	67
Dirk Gernhardt	98
Marcel Kieslich	92
René Trömel	88



Finanzrevisionskommission

Name	Ja-Stimmen
Renate Krimmling	127
Frigga Schlüter-Gerboth	122

Der neue Stadtvorstand
v.l. R. Trömel, M. Böttcher, S. Heinemann,
I. Höpner, M. Kieslich, S. Knöchel,
U. Haupt, D. Gernhardt

Fortsetzung auf Seite -7-

Aus der letzten Stadtratssitzung am 20.10.2013

Es sollte wieder eine lange und inhaltsreiche Stadtratssitzung werden...!

Für uns als Fraktion begann die Sitzung auch damit, dass nur noch 13 Sitzplätze für uns als Fraktion aufgebaut waren. Für uns völlig überraschend, ist Olaf Sieber aus der Fraktion ausgetreten! Er bleibt im Stadtrat, möchte sich aber nicht mehr an eine Fraktion binden!

Schon in der Bürgerfragestunde war deutlich zu spüren, dass die Themen „Bebauung des Geländes um den Hufeisensee“, „Abriss des Künstlerhauses 188“ und der Bau eines Wohngebietes in Dölau die BürgerInnen der Stadt Halle (Saale) sehr emotional bewegen.

Auch in seinem Bericht sprach der OB Herr Dr. Wiegand an, dass die letzten Bürgerversammlungen heftige Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung und Einwohnern ausgelöst haben. Er sprach deutlich aus, dass er sich gegen die Beleidigungen des Beigeordneten für Bauen ausspricht. (Während der Bürgerversammlung in Dölau zu einem dort geplanten Wohngebiet ist es dazu gekommen!)

Der Nachtragshaushalt für dieses Jahr wurde beschlossen. Zum geplanten Haushalt gab es einige Veränderungen. So mussten z. B. die Summen für den Betrieb der Bäder und für Leistungen zur Hilfe zur Erziehung erhöht werden. Dafür konnten z. B. die Gewinnausschüttungen der kommunalen Wohnungsunternehmen HWG und GWG als Einnahme verankert werden. Dem Nachtragshaushalt wurde – auch durch uns – zugestimmt.

Zustimmen konnten wir auch den Jahresabschlüssen der GWG und

der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin und auch der Radverkehrskonzeption für die Stadt Halle (Saale).

Wie schon in der Bürgerfragestunde deutlich wurde, „gingen die Wogen hoch“, als die Diskussion zum Ausbau des Böllberger Weges angezeigt war. Durch das „Stadtbahnprogramm“ soll es möglich sein, Gelder vom Bund zur Umsetzung des Projektes zu bekommen. Jedoch sind genaue Kriterien für diese Fördermittel vorgegeben. Mit der jetzigen Planung bekommt die Straßenbahn ein eigenes Gleisbett und aus Platzgründen müsste die ehemalige Weingärtenschule – heute als Künstlerhaus 188 bekannt – weg! Diese Schule steht unter Denkmalschutz und hat einige „Abrissgegner“ auf den Plan gerufen. Auch Unterschriftenaktionen liefen bereits. Auch unsere Fraktion ist bei dieser Thematik durchaus „gepalten“. Auf der einen Seite sind wir auf Fördermittel für dieses ehrgeizige Ziel des Umbaus der Straßenbahnlinie angewiesen, aber ein denkmalgeschütztes Haus dafür aufgeben, will die Mehrheit auch nicht. Immer wieder war im Stadtrat das Ringen um Kompromisse und nochmalige Prüfungen zu hören! Ehrlicherweise gehört auch die Nachnutzung des Gebäudes zur Diskussion. Derzeit würden – so die Verwaltung – die Mieter des 188 „Unterschluß“ finden. Dennoch hat der OB deutlich gemacht, dass er vom Beigeordneten für Bauen eine schriftliche Darstellung erwartet, um nachzuprüfen, ob es nicht doch andere Alternativen gibt, um den Ausbau der Straßenbahn und den Erhalt

des „188“ zu vereinbaren. Eine Entscheidung wurde bis zur nächsten Stadtratssitzung vertagt!

Ebenfalls „hitze Debatten“ gab es zum „Bebauungsplan Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum am Hufeisensee“! Die Thematik ist nicht neu. Als Fraktion haben wir nichts unversucht gelassen, um immer wieder auf die Gefahren und Problematiken zur Bebauung dieses Areals aufmerksam zu machen. Bisher wurden unsere Änderungsanträge abgelehnt, Pressemitteilungen ignoriert! Wir haben deutlich gemacht, dass wir nicht generell gegen einen Golfplatz sind, aber die Dimension des geplanten Golfplatzes wird immer größer...

Zurecht kritisierte Uwe Köck das Vorgehen der Verwaltung als „Salamitaktik“, denn nach und nach kommt immer mehr zur Bebauung hinzu! Jetzt gibt es Pläne für ein Hotel, Gaststätten, einen Golfplatz mit 28 Löchern etc.

Bodo Meerheim machte in der Diskussion auch noch einmal deutlich, dass wertvolle Ackerflächen vergeudet werden und die Nutzung der Deponie unbekannte Gefahren darstellen. Eine Mehrheit des Stadtrats – gegen die Stimmen unserer Fraktion und der GRÜNEN – stimmte der öffentlichen Auslegung des B-Planes zu. Die Fraktion DIE LINKE hat mit Unterstützung des Stadtvorstandes eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema geplant!

Die Fraktion der GRÜNEN hatte den Antrag eingebracht, einen Bürgerentscheid zur Bebauung des Hufeisensees zu initiieren. Und, was lange nicht der Fall war, es gab eine namentliche Abstimmung dazu! Mit 25 Ja- zu 28 Nein-Stim-

men fand der Antrag keine Mehrheit.

Ohne größere Diskussion wurden der Bebauungsplan zum Neubau

einer Kaufhalle an der Vogelweide und der Vergabe von Straßennamen zugestimmt. Unser Antrag zur Bekämpfung von Armut im Alter

wurde zur weiteren Bearbeitung in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss verwiesen. Ute Haupt, Stadträtin

Sofortinformation des Bundesgeschäftsführers zur Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes am 11. November 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Geschäftsführende Parteivorstand zeigte sich entsetzt und betroffen über die Lage auf den Philippinen nach der Heimsuchung durch den Taifun Haiyan. Die Region erlebt ein weiteres Mal eine verheerende Naturkatastrophe, die in eine humanitäre Katastrophe mündet. DIE LINKE unterstützt den Aufruf des Roten Kreuz (und anderer Hilfsorganisationen), die Menschen vor Ort mit Spenden zu unterstützen. Wir fordern die Bundesregierung auf, die zugesagte Hilfe schnell und unbürokratisch zu realisieren.

Unter dem Punkt „Aktuelle Politik“ bewertete der Geschäftsführende Parteivorstand den Stand der Koalitionsverhandlungen. Das jüngste Opfer der bevorstehenden Großen Koalition sei die versprochene und überfällige Erhöhung des Kindergeldes. Die letzte Erhöhung habe vor knapp vier Jahren stattgefunden. Das Kindergeld ist kein Almosen, sondern ein vom Verfassungsgericht verbrieftes Recht. Die SPD hat sich offenkundig bereits den Verzicht auf eines ihrer zentralen Wahlversprechen – die moderate Erhöhung der Steuern für Reiche – abhandeln lassen, und damit sind auch alle anderen Versprechen Makulatur. Die Nichterhöhung des Kindergeldes ist eine logische Folge dieses Verzichtes.

Am 9. November jährten sich die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung zum 75zigsten Mal. Der Geschäftsführende Parteivorstand war sich darin einig, dass die Erinnerung daran die fortgesetzte Mahnung an unsere Generationen ist, Antisemitismus, Fremdenhass und Rassismus niemals zu bagatellisieren und sich ihnen immer und überall entgegenzustellen.

Desweiteren diskutierte der Geschäftsführende Parteivorstand über die Entwicklung der Partei, ließ sich vom Bundesschatzmeister über die Beratung des Bundesfinanzrates informieren, leitete die Beschlüsse der Bundesfrauenkonferenz an den Parteivorstand weiter und beschloss die Unterstützung der bundesweiten Energiewende-Demonstrationen am 30. November 2013 in Berlin (Informationen hierzu: <http://energiewende-demo.de/start/aufruf/>).

Mit solidarischen Grüßen,
Matthias Höhn

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

05.12.2013 Beginn 18:00 Uhr

Aktuelle politische Diskussionen in der LINKEN

Wenige Tage nach der Jahresmitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin informiert die Vorsitzende, Dr. Dagmar Enkelmann, über Rolle und Aufgaben der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Teil der „linken Familie“ sowie den Stand der Entwicklung einer linken Denkfabrik.

MIT: **Dr. Dagmar Enkelmann** (Vorsitzende der rls)

06122 Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT: RLS REGIONALBÜRO Halle, Blumenstr. 16, 06108 Halle

TEL/Fax: 0345-2025594, email: gs-halle@rosaluxsa.de

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalt e.V.

Vor dem Ende eines Gedenkjahres - 1933 - 2013 auf der Schwelle zu einem neuen - 1914 – 2014

Das 20. Jahrhundert, voll von Ereignissen, deren Wirkung und Nachwirkung unsere heutige Zeit prägen, kehrt wieder in den Tagen, wo wir ihrer gedenken. Diese „Bedenktage“ sind Anlass darüber nachzudenken, was diese Ereignisse für uns heute bedeuten.

In seinem Vortrag zieht Prof. Pätzold die Linien von der Entstehung der historischen Wurzeln des deutschen Faschismus bis zum heutigen Umgang mit diesen geschichtlichen Tatsachen. Vor dem Hintergrund des Neofaschismus heute sollen dessen Ursachen hinterfragt und gesellschaftliche Gegenstrategien diskutiert werden.

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Kurt Pätzold

Prof. Dr. Kurt Pätzold lehrte bis 1992 an der Humboldt-Universität Berlin deutsche Geschichte. Er ist ein international renommierter Historiker und einer der bedeutendsten marxistischen Faschismusforscher. Prof. Pätzold ist Mitglied des Beirates der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Zahlreiche Veröffentlichungen: 2008 erschienen seine Erinnerungen „Die Geschichte kennt kein Pardon“, 2011 „Streitfall Geschichte“ und 2012 „Wahn und Kalkül: Der Antisemitismus mit dem Hakenkreuz“. 2013 erschienen „Kein Streit um des Führers Bart“ und „1813 – Das Ereignis und sein Nachleben“.

**am Samstag, dem 30. November 2013, ab 10:30 Uhr
im Bürgerhaus „alternativE“, Gustav-Bachmann-Straße 33. 06130 Halle**

Veranstaltung in Kooperation mit dem VdN-BdA Sachsen-Anhalt e.V.

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT: RLS REGIONALBÜRO Halle, Blumenstr. 16, 06108 Halle,

TEL/Fax: 0345-2025594, email: gs-halle@rosaluxsa.de

Rüstungsexporte gehen ungebremst weiter

Jan van Aken

„SPD und Union haben beschlossen, die deutschen Rüstungsexporte nicht zu beschränken. Zwar soll die Öffentlichkeit jetzt etwas früher über die Exporte informiert werden, aber tatsächliche Einschränkungen - wie zum Beispiel ein Verbot von Kleinwaffen-Exporten oder wenigstens ein Verbot, Diktatoren und Menschenrechtsverletzer zu beliefern - wurden nicht beschlossen“, kommentiert Jan van Aken, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, den Textvorschlag von SPD und CDU zu Rüstungsexporten für den Koalitionsvertrag.

„Dieser Beschluss von de Maizière

und Steinmeier ist eine Mischung aus Nebelkerze und Nichtstun.“

Van Aken weiter:

„Die angeblich so strengen Rüstungsexport-Regeln aus dem Jahr 2000 sind tatsächlich watteweich, sie haben den Aufstieg Deutschlands zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt ermöglicht. Selbst Panzerlieferungen nach Saudi Arabien sind nach diesen Regeln erlaubt. Insofern ist der Beschluss der künftigen Koalition eine Garantie dafür, dass die deutschen Waffenexporte auch in den nächsten Jahren rekordverdächtig hoch bleiben werden.

Selbst die beschlossenen Transparenzregeln halten dem Realitätstest

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

nicht stand: Die große Koalition verkündet jetzt großspurig, dass künftig die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates öffentlich gemacht werden sollen. Ausgenommen davon sind allerdings die sogenannten Voranfragen. Die machen aber tatsächlich einen ganz großen Teil der Entscheidungen des Sicherheitsrates aus.

Die berüchtigten Panzerlieferungen nach Saudi Arabien würden auch unter einer künftigen Großen Koalition geheim bleiben.“

Keine Macht den Drohnen!

Am Sonntag, dem 20.10.2013, um 16:00 Uhr, waren interessierte Bürgerinnen und Bürger zur einer Gesprächsrunde eingeladen. Der Friedenskreis Halle e.V. konnte Brian Terrell als Gast begrüßen. Eine überschaubare Zahl von Bürger*Innen hatte den Weg in die Gertraudkapelle, An der Marktkirche 1, gefunden. Die Uhrzeit und der Wochentag dürften, neben dem schönen Wetter, als die Hauptschuldigen gelten.

Brian Terrell, der sich in den USA als Friedensaktivist einen Namen gemacht hat, berichtete über die schrecklichen Erlebnisse¹ von Brandon Bryant und den Einsatz von Kampfdrohnen gegen US-Bürger² im Jahr 2011. Vorher erinnerte er an die Debatte in Deutschland, da auch der Verteidigungsminister Thomas de Maizière³ (CDU) und die Bundeswehr⁴ bewaffnete Kampfdrohnen einsetzen möchten.

Aus Sicht der amerikanischen Regierung bringt der Einsatz von Kampfdrohnen nur Vorteile. In der Ferne sterben nur die Bösen, während die Streitkräfte der USA zu Hause, in der Heimat bleiben können. Begleitschäden (z.B. zivile Opfer), Kriegstote und -versehrte gehören somit der Vergangenheit an. Ganz nebenbei bekommt der Krieg einen neuen Namen. Regierung bzw. Militärs sprechen viel lieber von einer Operation, da dieser Begriff positiv besetzt ist und der Drohnenpilot, präzise wie ein Chirurg, den „Tumor“ entfernt.

Ein F-16 Kampfpilot verschwindet vom Kriegsschauplatz, wenn er seine tödliche Fracht abgeworfen hat. Im Einsatz befindliche Drohnenpiloten erleben den Krieg, aus 25 cm Entfernung, live in Farbe und HD-Qualität. Außerdem können sich die im Einsatz befindlichen Soldatinnen und Soldaten mit dem Argument der Notwehr die Seele reinwaschen. Diesen Rechtfertigungsgrund haben die Drohnenpiloten nicht, weil eine unmittelbare Bedrohung nicht vorliegt. Morgens töten, mittags in die Kantine, abends nach Hause zur Familie und trotz alledem eine kranke Psyche⁵, das ist die Realität vom sauberen und fernen Krieg.

Laut Zusatzartikel V der Verfassung der USA darf niemand in einem Strafverfahren zur Aussage gegen sich selbst gezwungen, noch des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne vorheriges ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz beraubt werden. Regelungen des Humanitären Völkerrechts und im Einzelnen die Artikel 2 und 51 sowie Kapitel

VII der UN-Charta werden ebenso in Frage gestellt, weil sich die Vereinigten Staaten von Amerika offiziell nicht im Krieg mit Pakistan oder dem Jemen befinden⁶.

Nicht die Technik ist das Problem, sondern wie mit ihr umgegangen wird, meinte Brian Terrell und erwähnte im gleichen Atemzug den Drohneneinsatz über dem havarierten Atomkraftwerk in Fukushima⁷. Zum Schluss wollte ich wissen, ob die USA im eigenen Land bei Demonstrationen und an der Grenze zu Mexiko Drohnen einsetzen⁸. Er bejahte meine Frage, mit der Anmerkung, dass die Drohnen vom Typ Predator unbewaffnet sind. Durchweg eine interessante Veranstaltung, die mich bestätigt hat, dass Krieg niemals sauber ist, egal mit welchen Mitteln.

Marcel Kieslich, Mitglied im Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Halle (Saale)

Interquellen:

- www.ag-friedensforschung.de/themen/Drohnen/
- www.youtube.com/watch?v=sR9rqaUM7oY
- www.wsws.org/de/articles/2013/10/24/dron-o24.html
- www.freitag.de/autoren/cyterion/menschenrechtswidrige-drohnenangriffe
- www.hrw.org/de/news/2013/10/21/usa-gezielte-toetungen-jemen-hinterfragen
- www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/drohnen-usa-pakistan-emma
- www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A28_rrw.pdf
- www.zeit.de/politik/ausland/2013-10/eu-parlament-eurosur
- www.youtube.com/watch?v=G90SvYuMVos
- www.youtube.com/watch?v=v1dY76qhu2E
- 1 www.spiegel.de/spiegel/print/d-90048993.html
- 2 www.zeit.de/politik/ausland/2013-05/holder-drohnen-angriff-amerikaner
- 3 www.dw.de/bewaffnete-drohnen-f%C3%BCr-die-bundeswehr/a-16785409
- 4 www.neues-deutschland.de/artikel/836880.bundeswehr-will-auch-lautlos-toeten-koennen.html
- 5 www.tagesanzeiger.ch/wissen/technik/Morgens-toeten-abends-zu-den-Kindern/story/21575893
- 6 www.stimmen-der-zeit.de/zeitschrift/ausgabe/details?k_beitrag=3442823&query_start=1
- 7 www.welt.de/print/die_welt/wissen/article12902556/Drohnen-kreisen-ueber-Fukushima.html
- 8 www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/3029624/wenn-das-fbi-durchs-fenster-schaut.html

Eine neue Wette : Weihnachts-Aktion: Wir lassen auch für Kubas Kinder die Lichter leuchten

Eigentlich wollte ich, nachdem ich meine beiden letzten Wett-Ziele nicht erreicht hatte, mal eine längere Wett-Pause einlegen. Das habe ich auch meiner Wettpartnerin, der „Unternehmerin mit dem linken Herzen“ erzählt. Doch die war da ganz anderer Meinung und sprudelte: „Klaus, was ist denn mit Dir los? Du kannst doch die Kinder in Kuba nicht einfach im Stich lassen. Und außerdem ist Deine Partei, die LINKE, doch nach der Bundestagswahl gut drauf. Mach’ doch wieder ,ne Wette für die Kinder von Kuba. Ich helfe Dir...“

Ja, was sollte ich da sagen? Ich hab’ vorsichtig genickt. Und schon waren wir im Gespräch über die neue Wette. „Wette doch um Spenden für die Kinder von Kuba. Da sollen doch auch die Lichter leuchten...“ Ich hab’ weiter genickt. Und sie: „Wette doch einfach darum, daß Du bis zum Jahresende mindestens 4000 Euro zusammenkriegst. Und wenn Du das schaffst, leg’ ich noch mal 1000 Euro drauf...“ Sagt ehrlich: Hätte ich da Nein sagen können?

Also starte ich heute, am 5. November, die neue Kuba-Wette. Also, es geht um 4000 Euro. Ich rufe alle meine Freunde und Freundinnen, meine Genossen und Genossinnen auch: Macht mit. Helft, daß auch für die Kinder in der Karibik die Lichter leuchten. Alle Spender und Spenderinnen, die mindestens 10 Euro „überschieben“, werden in unsere Spendenliste aufgenommen.

Der sicherste Weg, die Spende nach Wülfrath zu transportieren, ist eine Überweisung auf das Konto von Klaus H. Jann, Kontonummer 355 46 49, BLZ 301 502 00 bei der Kreissparkasse Düsseldorf. Und immer das Kennwort „Kinder von Kuba“.

Puh, ich bin gespannt. Werden wir die 4000 Euro zusammenbringen? Wird das Wort „Solidarität wird siegen“ uns auch diesmal weiterbringen?

Ich bau’ und hoff’ (auch diesmal) auf Euch – Euer Klaus H. Jann
Und mehr Informationen natürlich unter www.linksdemokraten.de
und unter Telefon 02058 / 3651
(Jann, Düsseler Straße 16, 42489 Wülfrath)

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
14.11.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 28.11.2013

Schöne Stunden

leben, sterben, nehmen, geben,
steil vorran, nach Oben streben,
viel zu viel, alles vergessen,
angepasst, in Nischen pressen,

Bäume fällen und Leid von Tieren,
pausenlos voll funktionieren,
Zähne fletschen, Ellenbogen,
mal abgeflaut, mal riesen Wogen,

Herz ausgebrannt, soziale Kälte,
Arbeitgeber, Angestellte,
Geld verprasst, Finanzmarktkrise,
gute Menschen und auch fiese,

Moralverfall und Resignieren,
Verwertungslogik, Spiel verlieren,
Kindsklaven, Zeitverschwendung,
Lohnarbeit und Sittenschändung,

Völkerwahn, Kriegsanstreiber,
Massenmord und tote Leiber,
Abschiebung ins sichere Ende,
Neonazis erst nach der Wende?

Belästigung und Missbrauchsfälle,
Chauvisprüche an jeder Stelle,
Geschlechterrolle, naturgegeben,
nur schwarz-weiß und nix daneben,

Parlamente, Volksvertreter,
bewegungslos, nicht einen Meter,
Repräsentative, Lobbysterne
Demokratie in weiter Ferne

Doch irgendwann befreite Geister,
kein Einheitstrott, kein Alltagskleister,
der ganze Mist wird überwunden,
so freu ich mich auf schöne Stunden.

Peter Sorge

Erste Wahlergebnisse...

Fortsetzung von Seite -1-

Landesausschuss

Name	Ja-Stimmen
Marion Krischok	69
Christine Radig	64

Ersatzmitglieder Landesausschuss

Name	Ja-Stimmen
Heike Karow	99
Elisabeth Nagel	82

Delegierte Bundesparteitag

Name	Ja-Stimmen
Marianne Böttcher	93
Marion Krischok	95
Achim Bittrich	107
René Trömel	98

Ersatzdelegierte Bundesparteitag

Name	Ja-Stimmen
Ute Haupt	104
Anne Geschonneck	93

Delegierte Bundesvertreterversammlung

Name	Ja-Stimmen
Marianne Böttcher	107
Marion Krischok	97
Achim Bittrich	124
René Trömel	124

Ersatzdelegierte Bundesvertreterversammlung

Name	Ja-Stimmen
Ute Haupt	126
Marcel Kieslich	114
Swen Knöchel	122
Lydia Roloff	115



Proteste gegen Kulturabbau gehen weiter

In der Landeshauptstadt startete die Aktion „Magdeburg hört die Posaunen von Jericho“

Es war laut und Magdeburg hörte nicht nur Posaunen. Künstler und Kulturschaffende, insbesondere der Theater aus Halle, Dessau und Eisleben, läuteten eine neue Protestrunde gegen die geplanten Kürzungen im Kulturbereich ein. Bis 14. November, dem Termin der nächsten Landtagssitzung, heißt es sieben Tage, sieben Mal lautstark um den Landtag. Der biblischen Geschichte nachempfunden, wonach die Mauern der Stadt Jericho mit Posaunen zu Fall gebracht wurden, wollen die Kulturschaffenden ebenfalls Mauern einstürzen - „in den Köpfen und Herzen jener Landtagsabgeordneten, die in Kürze über die Zukunft der Ensembles und damit auch der betroffenen Städte entscheiden“. Unsere Abgeordneten Stefan Gebhardt und Jan Wagner unterstützten den Auftakt der Aktion. Auch weiterhin wird sich die Fraktion DIE LINKE mit den Protesten

gegen die Kürzungen im Kulturbereich solidarisieren und zur Landtagssitzung eine weitere parlamentarische Initiative ergreifen.

Mit dem Antrag „Theatern und Orchestern in Sachsen-Anhalt eine Zukunft geben“ schlagen wir unter anderem ein Moratorium vor, auf dessen Grundlage schnell neue Theater- und Orchesterverträge abge-

schlossen werden sollen, um für die Theater und Orchester eine verlässliche Arbeitsgrundlage zu schaffen. Wir rufen zudem zur Unterstützung der neuerlichen Proteste gegen den kulturellen Kahlschlag in Sachsen-Anhalt auf. Die Posaunen von Jericho ertönen täglich um 16 Uhr auf dem Magdeburger Domplatz.

Moratorium gefordert

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE debattierte der Landtag zur Zukunft der Theater und Orchester in Sachsen-Anhalt.

„Es geht nicht nur um die Zukunft der Theater und Orchester im Land sondern auch um die Zukunft der jeweiligen Kommunen“, so Stefan Gebhardt. Die Puste unseres kultur- und medienpolitischen Sprechers reichte selbstverständlich noch aus, um einen entsprechenden Antrag der Fraktion DIE LINKE zur jüngsten Landtagssitzung einzubringen, obwohl er im Vorfeld schon kräftig auf der Posaune blies. Das Finale der Protestaktion „Magdeburg hört die Posaunen von Jericho“ war im Vorfeld der Landtagssitzung lautstark auf dem Magdeburger Domplatz über die Bühne gegangen. Sieben Tage lang hatten Künstler und Kulturschaffende – insbesondere der Theater aus Halle, Dessau und Eisleben – gegen den kulturellen Kahlschlag in Sachsen-Anhalt protestiert.

Es war kein fundamentaler Oppositionsantrag, den Stefan Gebhardt zur Rettung der Theater und Orchester in den Landtag einbrachte. „Unser Antrag ist der Versuch eine Brücke zu bauen. Drüber gehen müssen sie selber“, sagte er in Richtung der Regierungskoalition. Handlungsgrundlage bleiben die Empfehlungen des Kulturkonvents. Insbesondere jene, die darauf zielen, den Trägern der Theater und Orchester sowie den Kulturstätten hinreichend Zeit zu geben, um weitere Strukturreformen vorbereiten, demokratisch zu diskutieren und umsetzen zu können, um für die Zeit nach 2018 eine tragfähige und dem Land gemäße Theater- und Orchesterlandschaft zu sichern. Die Fraktion DIE LINKE forderte daher ein Moratorium der Theater- und Orchesterförderung bis 2018, das das derzeitige Förderniveau auch für die Folgejahre ohne Kürzungen gewährleistet.

Weg von den Haustarifverträgen bei den Theatern und Orchestern, hin zur üblichen tariflichen Vergütung des öffentlichen Dienstes war eine weitere Forderung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. Die mittlerweile langjährige Bezahlung der Theater- und Orchesterangestellten nach Haustarifverträgen ist nur ein Beispiel für die Entbehrungen, die die Einrichtungen in der Vergangenheit bereits hinnahmen. „Liebe Regierungskoalition, hören sie auf, zu suggerieren, die Theater und Orchester hätten bisher wie die Made im Speck gelebt“, brachte es Stefan Gebhardt auf den Punkt. Genau dies hatte Kultusminister Dorgerloh in seiner Rede leider versucht. Mit den Einrichtungen auf der Grundlage des bisherigen Förderumfangs bis zum 1. Januar 2014 neue Verträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren abzuschließen, kann allerdings keine überzogene Forderung sein.

Die Fraktion DIE LINKE wollte eine Direktabstimmung zum Antrag – die Mehrheit der Regierungskoalition überwies selbigen in den Kulturausschuss. Stefan Gebhardt hatte den Kulturschaffenden und Künstlern, die morgens vor dem Landtag protestiert hatten, jedoch ein Versprechen abgenommen. Bis der Haushalt beschlossen ist, ist das Kind nicht in den Brunnen gefallen, sagte er. Die Proteste gegen die Kürzungen im Kulturbereich können und müssen weitergehen. Wie bisher wird sich die Fraktion DIE LINKE solidarisieren und zollt sowohl dem Engagement und Durchhaltevermögen der Kulturschaffenden als auch den 30.000 gesammelten Unterschriften der Volksinitiative „Kulturland Sachsen-Anhalt retten“ ihren Respekt.